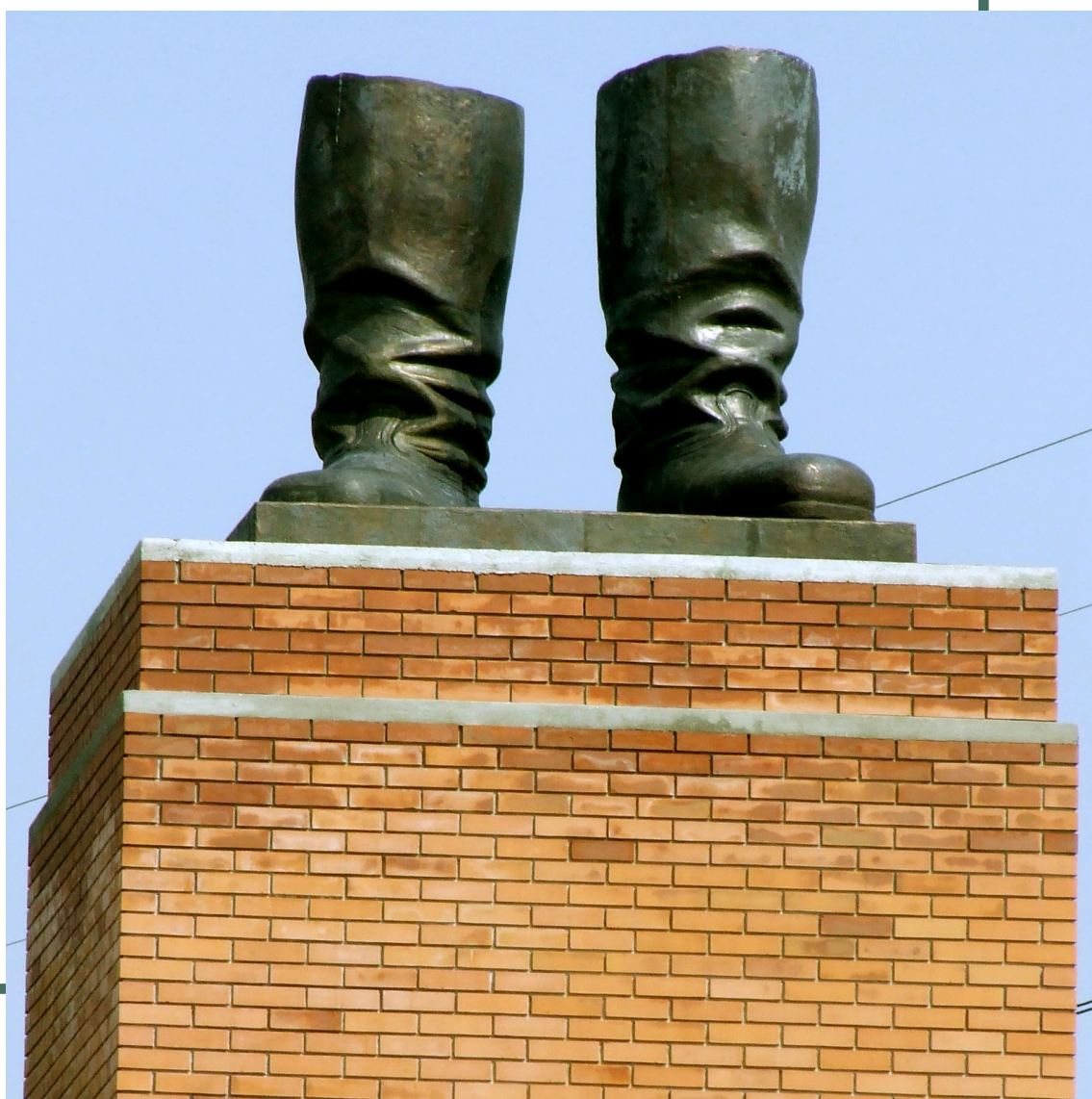


Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



MILITARISIERUNG | NEUER IMPERIALISMUS

Nummer 1 | April 2026, € 4,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir haben bei der Gestaltung dieser Ausgabe des Spinnrads zwei Schwerpunktthemen gesetzt, die uns momentan als besonders beachtenswert erscheinen.

Zum einen ist das die fortschreitende Militarisierung, die mit Nachdruck in Medien und politischen Programmen „unter die Menschen“ gebracht wird. Was uns in diesem Bereich beschäftigt und wie wir unsere Arbeit gestalten, um gewaltfreien Handlungsoptionen Räume zu erschließen, findet ihr im Überblick im Artikel „Waffen schaffen keinen Frieden - aber Sicherheit?“ (S.3). Das Zerren um die „Wehrpflicht“ bzw. „Wehrwilligkeit“ junger Menschen ist dabei eine Entwicklung, die besonders besorgniserregend ist und unserer Aufmerksamkeit bedarf (S.6 und S.10); die grundlegende Auseinandersetzung mit Pazifismus ist hilfreich, wenn man gegen diese Einflüsse auftreten will (S.11).

Im zweiten Teil dieser Ausgabe liegt der Fokus auf imperialen Tendenzen und Machtausübung in Afrika - und auf der entsprechenden Einschätzung von betroffener Seite, sowie auf Aktivitäten und Widerstand der Zivilgesellschaft (S.13 und S.16). Mit einem Blick zurück, der die Grundlagen dieses imperialistischen Ansatzes generell negiert, wollen wir noch ein letztes Ausrufezeichen setzen. Wir wünschen eine interessante Lektüre!

Lucia Hämmerle
für das Redaktionsteam

Umschlag vorne:

Bild: „Stalins Stiefel“ (Mementopark Budapest)
von Ines Zgonc Lizenz: CC BY 3.0

Umschlagrückseite:

„Die Macht der Herrscher“ traditionelle Weisheitsgeschichte sehr frei erzählt nach einer gehörten Fassung von Roswitha Menke, www.roswithamenke.de auch zu finden bei Joanna Macy. © Frau Wolle www.frauwolle.at

OFFENLEGUNG laut §25 Mediengesetz:

Eigentümer und Herausgeber der Zeitschrift SPINNRAD ist zur Gänze der Internationale Versöhnungsbund - österreichischer Zweig, Lederergasse 23/3/27, 1080 Wien. Im Vorstand des Vereins sind Annamaria Bokor, Pete Hämmerle, Andreas Paul, Dagmar Ruhm, Wolfgang Schöpp und Wolfgang Weilharter. In der Geschäftsführung tätig sind außerdem Irmgard Ehrenberger und Lucia Hämmerle.

Grundlegende Richtung: Die Zeitschrift SPINNRAD - Forum für aktive Gewaltfreiheit dient der Verwirklichung der Vision aus dem Leitbild des Herausgebers: „Der Versöhnungsbund strebt eine Welt an, in der die Achtung vor dem Leben und die Würde, Freiheit und Individualität jedes Menschen im Zentrum von Gesellschaft und Politik stehen und aktive Gewaltfreiheit als Handlungsprinzip verwirklicht ist. In dieser vom Versöhnungsgedanken geleiteten Welt werden unterdrückende und menschenverachtende Strukturen und Ideologien durch eine Kultur des Friedens, gewachsen aus religiösen und humanistischen Traditionen, abgelöst.“

Inhalt

02 | Editorial, Impressum, Offenlegung

03 | Waffen schaffen keinen Frieden - aber Sicherheit?

von Pete Hämmerle

06 | Samen des Widerstands - Jugendliche in Deutschland mobilisieren sich landesweit gegen die Rückkehr der Wehrpflicht

von Marah Frech

10 | „Mit Adleraugen auf dem Heldenplatz“

von Werner Wintersteiner

11 | Pazifismus - wenn nicht jetzt, wann dann?

Thesen von Ullrich Hahn

13 | Selbstbestimmung und Widerstand: Die Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Unsicherheit und Neoimperialismus in der Sahelzone

von Dolly Afoumba

16 | Der größte Verrat am saharauischen Volk: Spaniens bedingungslose Normalisierung der Beziehungen zu Marokko übertrifft sogar die Abraham-Abkommen

von Salka Barca

18 | Die Mandé Charta, die älteste Erklärung maßgebender Menschenrechte

von Annamaria Bokor

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 15
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbsteinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoehnungsbund.at

Website: www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Raiffeisen Umweltcenter Gunskirchen
BIC: RZOOAT2L129,

IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Preis der Einzelnummer: € 4,-

Abonnement: € 15,- (Inland), € 20,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!



Waffen schaffen keinen Frieden – aber Sicherheit?

Zur Militarisierung in Österreich und Alternativen

von Pete Hämmerle

Die allermeisten Menschen wollen lieber in Frieden als im Krieg leben. Dazu gehört wesentlich auch der Aspekt, in Sicherheit leben zu können. Doch die Sicherheit scheint gerade in den letzten Jahren vielfältig bedroht: durch Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen in der näheren und fernen Umgebung, durch die wachsende Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft und auf globaler Ebene, durch die Klimakrise, die Pandemie und andere Entwicklungen, die Verunsicherung und Angst hervorrufen. So wächst das Bedürfnis, sich gegen diese Gefahren wappnen, sich verteidigen zu müssen – und Antworten werden vielfach im Sinne einer Stärkung der eigenen militärischen Fähigkeiten gesehen und vom vorherrschenden politischen Mainstream forciert.

Sicherheits- und Friedenslogik

Von einem gewaltfreien Blickwinkel aus betrachtet können zwei grundsätzliche Herangehensweisen an

Gewalt und Konflikte unterschieden werden, wie sie auch in der neueren Friedens- und Konfliktforschung thematisiert werden.

Der sicherheitslogische Ansatz stellt die Abwehr möglicher Gefahren, die Verteidigung gegen die Gewalt von Gegner*innen oder Feind*innen in den Vordergrund. Dabei geht es vorwiegend um die Sicherung eigener Interessen, die Schuld an der gegenwärtigen Gewaltsituation wird bei den Anderen verortet, denen daher mit Misstrauen und Abwehr zu begegnen ist. In dieser Logik wird Sicherheit primär unter militärisch dominierten Vorzeichen betrachtet, Aufrüstung und Abschreckung scheinen in diesem Paradigma alternativlos zu sein, weil das Gegenüber „nur die Sprache der Gewalt“ verstehe. Man könnte daher vielleicht zutreffender von einer „Logik des Krieges und der Gewalt“ sprechen.

Im Gegensatz dazu setzt die Friedenslogik auf ein anderes Verständnis, wie Probleme entstanden

sind und bearbeitet werden können. Hier steht eine Offenheit für gemeinsame Herangehensweisen an eine Konfliktsituation im Mittelpunkt, berechnete Bedürfnisse aller Seiten werden anerkannt und eine Haltung des Vertrauens (nicht der Naivität) und der Kooperation steht im Fokus. Dabei wird der Aspekt der Sicherheit nicht ausgeblendet, sondern auf die „menschliche Sicherheit“ und auf die „gemeinsame Sicherheit“ bezogen, die wesentlich für ein Leben in Frieden sind.

Militarisierung und Umfassende Landesverteidigung (ULV)

Unter Militarisierung versteht man kurz gesagt eine Entwicklung, in der militärische Aspekte in Politik und Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen. In Österreich ist seit 1975 die ULV in der Verfassung (Artikel 9a B-VG) verankert, die aus den vier Säulen der *militärischen*, der *geistigen*, der *zivilen* und der *wirtschaftlichen* Landesverteidigung besteht. Sie soll die Unabhän-

gigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes bewahren. Im Folgenden soll anhand einiger aktueller Themen aufgezeigt werden, wie sich der Primat einer umfassenden Sicherheitslogik in diesen vier Bereichen durchsetzt.

Erhöhung der Militärausgaben

Im Zuge der Budgetsanierung muss angeblich auf allen Ebenen rigoros gespart werden – mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums. Seit dem Beschluss des Ausbauplans 2032+ für das Bundesheer steigt das Militärbudget kontinuierlich: von 2,7 Milliarden Euro im Jahr 2022 (0,8% des BIP) auf dzt. über 5 Mrd. Euro (2026) mit dem Ziel eines Anteils von 2% des BIP im Jahr 2032, was laut Berechnungen von ATTAC einer Summe von über 12 Mrd. Euro entspräche. Zu diesen direkt budgetrelevanten Kosten kommen noch Sonderfinanzierungen für die Anschaffung bzw. Erneuerung von Waffensystemen zur Luftabwehr (Raketen- und Drohnenabwehr, Abfangjäger), von Panzern und Transportsystemen sowie Infrastrukturmaßnahmen (Kasernen, Verkehrswege...) und volkswirtschaftliche Effekte (z.B. durch eine Verlängerung der Wehrpflicht). Gleichzeitig wird in anderen Ressorts gespart und gekürzt, die essentielle Beiträge zur menschlichen Sicherheit und einer friedliche(re)n Gesellschafts- und Weltordnung leisten: Gesundheit, Soziales, Entwicklungszusammenarbeit, Klima und Umwelt, Integration, Asylwesen und Migration, Frauen, Jugend und Kinder... - von friedensfördernden Maßnahmen ganz zu schweigen.

Verlängerung des Wehrdienstes

Für ein „funktionsfähiges Bundesheer“ wird weiters über die notwendige Verlängerung des Grundwehrdienstes und den Ausbau des Milizsystems diskutiert. Eine im BMLV eingerichtete Wehrdienstkommissi-



Protestkundgebung bei der Raiffeisen Hauptversammlung gegen Investments in fossile Rohstoffe, Rüstungsindustrie und Bankgeschäfte in Russland
Bild: Ingrid Ellhotka

on mit 23 Mitgliedern (20 Männer, 3 Frauen!) hat in ihrem Bericht im Jänner 2026 drei mögliche Varianten vorgeschlagen, das (favorisierte) Modell „Österreich Plus“ (8 Monate Grundwehrdienst und 2 Monate Milizübungen), das „Stufenmodell“ (6 Monate GWD, 2 Monate Truppenübungen und 40 Tage Milizübungen) und das „Schweizer Modell“ (4 Monate GWD, 140 Tage Milizübungen). Allerdings gibt es in der Regierungskoalition (noch) keine Einigung über die Zukunft der Wehrpflicht, es gibt gewisse Vorbehalte gegen eine Verlängerung (v.a. aus SPÖ und Grünen), den Wunsch nach einem Berufsheer im Rahmen einer EU-Armee (Neos) sowie eine Präferenz für das Modell Ö Plus (aus ÖVP und FPÖ). Durch den Vorschlag einer Volksbefragung von Bundeskanzler Stocker ist die politische und mediale Diskussion von vornherein in eine Richtung gelenkt worden, dass mögliche Alternativen wie die Beibehaltung des Status quo oder ein Abbau der militärischen Komponente der ULV gar nicht in Betracht gezogen werden.

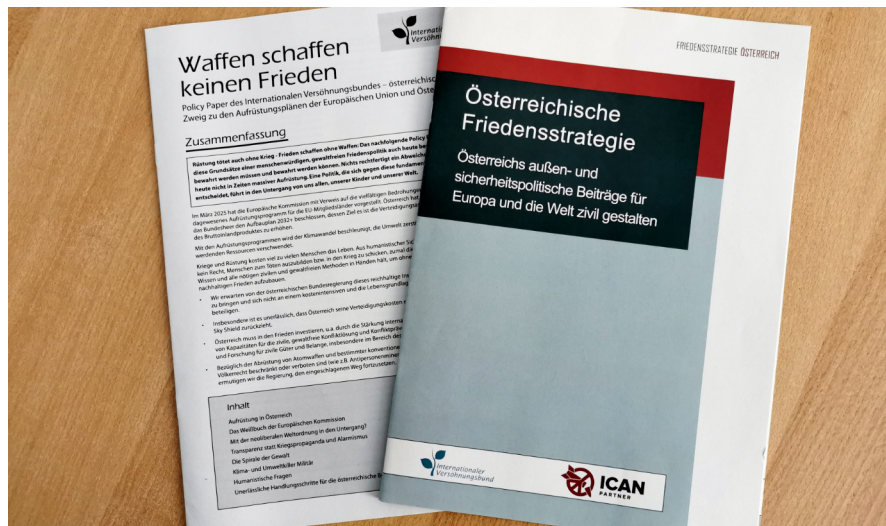
Die Dominanz des Militärischen zeigt sich auch im Umgang mit dem Thema Wehrdienstverweigerung und Zivildienst. Trotz einer um 50% längeren Dauer (9 statt 6 Monate) beträgt der Anteil von Wehrpflichtigen, die sich für den „Ersatzdienst“

(ZD) entscheiden und so wesentlich zum Funktionieren wichtiger gesellschaftlicher Bereiche beitragen, jährlich beinahe 50%. Anstatt den ZD jedoch endlich als gleichwertige Alternative zum Wehrdienst zu würdigen und zu etablieren, wird nicht einmal darüber diskutiert, dass bei einer Verlängerung des GWD „selbstverständlich“ auch der ZD auf mindestens 12 Monate verlängert werden müsse – und der „Auslandszivilendienst“ (freiwillige Friedens- und Sozialdienste) abgeschafft oder im Fall des Gedenkdienstes auf 15 Monate verlängert werden sollte. Weiters solle eine verstärkte Einbindung von Zivildienstpflichtigen in die gesamtstaatliche Planung der ULV erfolgen (außerordentlicher ZD) und die Dienstsparten dementsprechend reorganisiert werden.

Geistige Landesverteidigung (GLV)

Die GLV soll u.a. das Verständnis für die ULV fördern und erhalten und die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsbereitschaft verankern. Das scheint aus militärischer Sicht auch dringend notwendig, wenn die Wehr(Kampf-)bereitschaft laut Gallup-Umfrage vom Oktober 2025 gerade mal bei 20% der befragten Soldat*innen liegt und das Bundesheer nicht auf eine ausreichende Zahl von Grundwehrdienern und Kaderpersonal zurückgreifen kann.





„Beginnend im Schulsystem, muss der Zweck der Umfassenden Landesverteidigung und das Zusammenwirken ihrer Teilbereiche vermittelt werden. Die Geistige Landesverteidigung soll so Desinformation entgegenwirken und die demokratische Wehrhaftigkeit in der Bevölkerung ermöglichen, erhalten und ausbauen“ (Bericht WDK, S. 17). Dzt. nehmen rund 600 Bundesheerangehörige diese Aufgabe in Schulen wahr, während über Alternativen zur umfassend militärischen Verteidigung, über Zivildienst oder Friedensarbeit maximal auf Initiative engagierter Lehrer*innen informiert werden kann.

Viele weitere wichtige Themen, deren Betrachtung unter dem Aspekt einer zunehmenden Militarisierung ebenfalls bedeutsam wäre, können hier nur genannt werden: die österreichische Rüstungsproduktion und der Rüstungsexport (Profite der Waffenhersteller, Lockerung der Ausfuhrbedingungen), die Rolle der Neutralität – im Kontext von EU-Beistandspflicht und europäischer Aufrüstung (z.B. „ReArm Europe“ mit 800 Mrd. Euro zusätzlich für Rüstungsinitiativen, Sky Shield u.v.m.) oder die „Versichertheitlichung“ vieler Bereiche des öffentlichen Lebens, indem das Militär oder Soldat*innen immer mehr Aufgaben übernehmen, für die eigentlich andere zuständig sind.

Alternativen und Aktivitäten

Der Versöhnungsbund tritt seit über 100 Jahren für aktive Gewaltfreiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung ein. Was aber können wir der scheinbaren Alternativlosigkeit zur Aufrüstung, Abschreckung und Militarisierung aktuell entgegensetzen?

Auf politischer Ebene:

- Mitarbeit in der Kampagne „Wetterrüsten stoppen!“ von attac Österreich und weiteren Friedensorganisationen national, sowie an der Kampagne „StopReArmEurope“(1)
- Zivile, friedensfördernde politische Instrumente und Organisationen bekannt machen und unterstützen: Publikationen wie die österreichische und die europäische (in Ausarbeitung) Friedensstrategie und das Policy-Paper „Waffen schaffen keinen Frieden“(2)
- Teilnahme an gewaltfreien Aktionen gegen (Profiteure von) Rüstung und Krieg
- Bündnisse mit Betroffenen von Militarisierung und Kürzungen von Förderungen (junge Menschen, Frauen- und Flüchtlingsorganisationen, Sozialhilfeempfänger*innen, Klimaaktivist*innen...) eingehen

Initiativen und Aktivitäten des Versöhnungsbundes zur Bewusstseinsbildung:

- Veranstaltungen und Diskussionsbeiträge zu den Grundlagen der aktiven Gewaltfreiheit und zur sozialen/zivilen Verteidigung (z.B. mit Vorträgen oder in der Versöhnungsbund-Vernetzungsgruppe Oberösterreich)
- Angebote zu Wanderungen auf Friedenswegen im Waldviertel und Südböhmen von 12.-14.Juni und im Sočatal (Slowenien) von 14.-19. September mit inhaltlichen Inputs und Austausch
- Nachmittags-Workshops mit praktischen Übungen zum Thema „Schaffen Waffen Frieden?“ in Scheibbs, Krems und Zwettl im Herbst 2026 (Versöhnungsbund-Vernetzungsgruppe Niederösterreich)
- Bildungsangebote und Materialien für Friedenthemen in Schulen (in Ausarbeitung)

Auf persönlicher Ebene:

- In Gesprächen im eigenen Umfeld weiter für Gewaltfreiheit, Friedenslogik und Pazifismus eintreten und argumentieren
- Mitwirkung an Gewalt wo möglich unterlassen, z.B. Wehrdienst verweigern

Über weitere Ideen und Anregungen für unser gemeinsames Engagement würden wir uns sehr freuen! Und bei Interesse für unsere Veranstaltungen oder an einer Mitarbeit bei der ein oder anderen Aktivität stehen wir gern für weitere Informationen zur Verfügung!

Pete Hämmerle war langjähriger Mitarbeiter im Int. Versöhnungsbund - österreichischer Zweig und ist nun Mitglied im Vorstand

(1) www.attac.at/wetterruesten bzw. <https://stoprearm.org/>

(2) <https://www.versoeohnungsbund.at/waffen-schaffen-keinen-frieden/> bzw. <https://www.versoeohnungsbund.at/oesterreichische-friedensstrategie/>





Samen des Widerstands – Jugendliche in Deutschland mobilisieren sich landesweit gegen die Rückkehr der Wehrpflicht

von Marah Frech

Unter dem Motto „Nein zu Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung! Die Reichen wollen Krieg – die Jugend will eine Zukunft!“ protestierten Schüler*innen in ganz Deutschland gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Zum ersten Mal gingen sie am 5. Dezember auf die Straße, ein weiterer bundesweiter Streik folgte am 5. März. Der nächste Schulstreik ist für den 8. Mai, dem internationalen Tag der Befreiung vom Faschismus, von Organisierenden aus Deutschland, Italien und Frankreich angesetzt. In einer Zeit erneuter Militarisierung in ganz Europa soll dieses Datum lokale Kämpfe gegen die Wehrpflicht mit einer breiten transnationalen Bewegung gegen Militarisierung, Krieg und Faschismus verknüpfen.

Mit diesen Schulstreiks nimmt der Widerstand der Jugendlichen zum ersten Mal kollektive Gestalt in der deutschen Öffentlichkeit an. Diese Entwicklung ist längst überfällig. Seit Olaf Scholz eine *Zeitenwende* in der deutschen Verteidigungspolitik im Februar 2022 erklärt hat, deuten die politischen Signale schrittweise auf eine Wiedereinführung der Wehrpflicht hin. Dieser Wandel bedeutet nicht nur einen Bruch mit der militärischen Zurückhaltung der Nachkriegszeit – er markiert ihre faktische Aufgabe. Deutschland repositioniert sich neu, nicht nur ins Zentrum der europäischen Militärordnung, sondern als treibende Kraft der Aufrüstung. Doch dieser

Konflikt ist mehr als nur eine geopolitische Angelegenheit – er spiegelt einen umfassenden Generationskampf wider. Die Debatte wurde bislang vor allem von Politiker*innen, Militäroffizier*innen und Sicherheitsexpert*innen geführt, die davon selbst nicht betroffen sind. Die Stimmen der Betroffenen haben bis jetzt nur eine Randrolle gespielt.

Von der Zeitenwende zur Wehrpflicht – politischer Konsens und jugendlicher Dissens

Quer durch das politische Spektrum und weite Teile der Gesellschaft besteht ein auffälliger Konsens, was die Militarisierung der Jugend be-

trifft – verbunden mit einer klaren Botschaft: Der politische Wille zur Wiederherstellung der Wehrpflicht wird durchgesetzt werden. Kurz vor dem ersten Protest wandte sich der Verteidigungsminister Boris Pistorius an die Streikenden: Es ist schön, dass ihr protestiert – das Recht dazu verdankt ihr uns. Aber auch wenn ihr demonstriert, wird es nichts daran ändern, dass ihr Deutschland verteidigen müsst.⁽¹⁾

Von den Schüler*innen und Aktivist*innen wurde diese Nachricht als tief herablassend wahrgenommen. Gedämpft hat sie ihren Einsatz jedoch nicht. Luca, Schüler und Mitglied des *Antimilitaristischen Bündnis Frankfurt*, äußert sich fol-

(1) <https://www.instagram.com/p/DR2PaQRDO3t/>



gendermaßen: „Als Jugend stehen wir jetzt auf und kämpfen für eine Zukunft – für uns selbst und für alle. Wir werden diesen Krieg und die Wehrpflicht stoppen.“

Bildung statt Militarisierung

Luca ist Teil des bundesweiten Bündnisses *Schulstreik gegen Wehrpflicht*, das zum zweiten Mal auf die Straße gegangen ist, um gegen die Rückkehr der Wehrpflicht und alle Formen von Pflichtdiensten zu protestieren. Die Koalition aus Schüler*innen und Jugendorganisationen fordert zudem deutlich höhere Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit und Umweltschutz anstelle von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Sie verlangen ein Verbot von Bundeswehrbesuchen an Schulen, die Einführung von Beratung zur Kriegsdienstverweigerung für alle Abschlussklassen sowie die Gründung von Streikkomitees an Schulen. Darüber hinaus bestehen sie auf der Anerkennung des Streikrechts von Schüler*innen.⁽²⁾

Diese Forderungen sind eine direkte Reaktion auf die wachsende Präsenz von Jugendoffizier*innen an Schulen und auf den Aufruf des Bildungsministeriums zu einem „entspannteren Verhältnis“ zwischen Schulen und der Bundeswehr. Seit 2020 haben Bundeswehrbesuche an Schulen deutlich zugenommen, und aktuelle Zahlen zeigen, dass sich ihre Anzahl nach Beginn des Krieges in der Ukraine mehr als verdoppelt hat. Auch ihre Präsenz auf Berufsmessen hat sich ausgeweitet.⁽³⁾ Die Streitkräfte werden somit schrittweise in das Bildungssystem integriert, um eine Generation heranzuziehen, für die Krieg, militariserte Verhältnisse und soziale Prekarität zur Normalität werden.⁽⁴⁾

Laut den Organisator*innen nahmen rund 55.000 junge Menschen in über 90 Städten am ersten Schulstreik am 5. Dezember 2025 teil. Während der Schulzeit verließen



Bild: Schulstreik Kassel am 5. Dezember 2025 Dezentrale Kassel

CC BY-NC-SA 4.0

Schüler*innen ihre Klassenzimmer, um gegen die geplanten Reformen des Wehrdienstsystems zu protestieren. Das erklärte Ziel der Bewegung war es, das Wehrdienstgesetz zu kippen. Wenig überraschend wurde das Gesetz mit großer Mehrheit verabschiedet. Seit Januar 2026 werden Musterungsfragebögen verteilt, um junge Menschen des Jahrgangs 2008 systematisch zu erfassen.

Nimmt man einen aktuellen Bericht der Wehrbeauftragten des Bundestages beim Wort, wird der Sommer 2027 nicht nur die Rückkehr verpflichtender Musterungsuntersuchungen bringen, sondern die vollständige Wiedereinführung der Wehrpflicht, da die Streitkräfte weiterhin „unzureichende Rekrutierungszahlen“⁽⁵⁾ melden. Das Jugendbündnis erwartet, dass die entscheidende politische Debatte während der kommenden Sommerferien stattfinden wird, womit sich Deutschland in einen breiteren europäischen Trend der Reaktivierung und Ausweitung von Wehrpflichtsystemen einreicht.

Eine Bewegung aufbauen: Von lokalen Streiks zu transnationaler Koordination

Neben der Ankündigung weiterer Streiktermine hat die Bewegung ihre Vernetzungsarbeit durch lokale Initiativen, schulbasierte Streikkomitees und eine bundesweite Streikkonferenz in Göttingen intensiviert, an der auch Aktivist*innen aus Italien und Frankreich teilnahmen. Ziel ist der Aufbau einer jungen, explizit transnationalen Antikriegsbewegung.

Mehr als 50.000 Schüler*innen in über 130 Städten beteiligten sich am zweiten bundesweiten Streik am 5.3. 2026, darunter allein 10.000 in Berlin. Große Medien berichteten über die Demonstrationen – ein Zeichen dafür, dass sich die Bewegung als sichtbare Stimme gegen Krieg und Militarisierung zu etablieren beginnt. Ihr Potenzial liegt darin, zu einer bundesweiten Massenbewegung zu werden, die auch jene erreichen kann, die sich selbst noch nicht als politisch verstehen, aber die Wehrpflicht ablehnen.

(2) <https://schulstreikgegenwehrpflicht.com/>

(3) <https://dserver.bundestag.de/btd/21/035/2103532.pdf> bzw.

(4) <https://www.welt.de/politik/deutschland/article250604796>

(5) <https://dserver.bundestag.de/btd/21/042/2104200.pdf>



Bild: Schulstreik Berlin am 5. März 2026 IPPNW/Regine Ratke (flickr) CC BY-NC-SA 4.0

Wenn abstrakte Debatten zur Briefkastenrealität werden

Für viele junge Menschen sind diese Debatten lange abstrakt geblieben. Das Militär ist weniger eine Alltagsrealität als ein fernes politisches Thema, das über die Medien vermittelt wird. Seit die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, ist sie aus dem Alltag vieler weitgehend verschwunden. Die Wehrpflicht kennt man meist nur aus Erzählungen – außer bei jenen mit ausländischer oder doppelter Staatsbürgerschaft, die möglicherweise anderswo von Wehrpflichtsystemen betroffen sind. Die jüngste Verteilung der Fragebögen verändert diese Distanz jedoch. Was lange eine politische Debatte blieb, kommt nun ganz nah, wird ganz persönlich. Mit jedem weiteren Brief, der in den Briefkästen des Landes landet, dürfte sich die Dynamik der Antikriegsbewegung verschieben.

Laut informellen Umfragen, die Schüler*innen selbst durchgeführt haben, lehnen rund 80% der Befragten die Wehrpflicht ab.⁽⁶⁾ Wäh-

rend einige Interesse an einem Eintritt in die Bundeswehr äußern, ist eine klare Mehrheit zögerlich, wenn nicht offen ablehnend. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Mehrheit zu mobilisieren, die politischen Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht zu erhöhen und mehr junge Menschen in eine erneuerte Antikriegsbewegung einzubinden.

Um zu wachsen, steht die Jugendbewegung vor einer doppelten Herausforderung: Marginalisierung und Vereinnahmung. Einerseits kämpft sie darum, in einem öffentlichen Diskurs gehört zu werden, der weitgehend auf die Pro-Militarisierungslinie der Regierung ausgerichtet ist; Medienaufmerksamkeit außerhalb von Streiktagen bleibt begrenzt. Andererseits muss sie ihr Verhältnis zur älteren Generation der Friedensbewegung gestalten und sicherstellen, dass sie nicht vereinnahmt, aufgesogen oder ausgebremst wird. Ihre Botschaft ist klar: Unterstützt uns – aber von der Seitenlinie aus. Nutzt eure Netz-

werke, spendet, organisiert euch politisch gegen Krieg und Militarisierung, gründet Gruppen wie „Eltern gegen Wehrpflicht“ – aber lasst uns die Schulstreiks selbst führen und organisieren. Nur so kann daraus eine echte Massenbewegung der Jugend werden.

Widerstand trifft Repression quer durch Deutschland

Die Versuche, junge Menschen einzuschüchtern, nehmen zu. In Stuttgart wurden streikende Schüler*innen wegen „unentschuldigtem Fehlen“ mit Bußgeldern von 20 Euro belegt, während Schulverwaltungen mit weiteren Konsequenzen bei wiederholter Teilnahme drohten.⁽⁷⁾

In mehreren Städten, darunter Frankfurt, Bonn und München, schränkten Behörden die Teilnahme ein, indem sie Schultore absperren, persönliche Daten von Schüler*innen aufnehmen oder sie zurück in die Schule eskortierten. In Berlin wurden Schüler*innen wegen des Verdachts der „Beleidigung“ festgenommen, weil sie Protestschilder mit der Aufschrift „Merz, leck Eier“ gezeigt hatten – ein Slogan, der sich in sozialen Medien

Entwicklungen in Europa in den letzten Jahren:

Schweden hat die Militärdienstpflicht 2017 wieder eingeführt und 2019 auf Frauen ausgeweitet; Norwegen führte 2015 eine geschlechtsneutrale Militärdienstpflicht ein; Litauen hat die Militärdienstpflicht 2015 wieder eingeführt und Lettland 2023. In Kroatien verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Wiedereinführung im Jahr 2025. In Frankreich wurde die Militärdienstpflicht 2001 abgeschafft, doch die aktuelle Politik konzentriert sich auf den Ausbau des „Service national universel“ (SNU), eines quasi-obligatorischen Jugendprogramms mit militärischen Elementen.

(6) Vorläufige qualitative Untersuchungen deuten darauf hin, dass Studierende nicht unbedingt gegen Dienstpflicht an sich sind, sondern vielmehr gegen die Wehrpflicht als einzige Form davon. Viele bekunden die Bereitschaft, auf nichtmilitärische Weise einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Diese Ergebnisse sind noch vorläufig.

(7) <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/verwarngelder-wegen-schulstreik-gegen-wehrpflicht-schueler-100.html>



rasch verbreitete und Bundeskanzler Friedrich Merz zu einem zentralen Ziel der Proteste machte.⁽⁸⁾ Merz gilt seit Jahren in den Augen vieler als jemand, der Jugendliche, Frauen, queere Menschen und Menschen in prekären Verhältnissen den Interessen des Kapitals opfert – und ist damit zum Brennpunkt von Wut und Frustration geworden. Die Festnahmen, von vielen als Zeichen wachsender autoritärer Tendenzen im Staatsapparat gewertet, lösten eine Solidaritätswelle aus Jugendorganisationen, Aktivist*innen, Politiker*innen sowie Kulturschaffenden aus. Sie erinnern an die Frühphase der pro-palästinensischen Demonstrationen, bei denen staatliche Reaktionen schnell eskalierten und von ähnlichen Mustern der Einschränkung und Gewalt geprägt waren.

In Kassel untersagten Schulverwaltungen die Streikteilnahme kollektiv per offizieller Bekanntmachung und drohten mit Disziplinarmaßnahmen und Suspendierungen. Ähnliche Maßnahmen wurden aus Frankfurt und Dortmund gemeldet. Eine weitere verbreitete Taktik war das Verbot der Flyer-Verteilung auf Schulgeländen – was demokratische Rechte im Namen der Schulordnung faktisch beschnitt. Elternbriefe warnten, dass streikende Schüler*innen die „nötige Weitsicht“ vermissen ließen, und taten ihre Argumente als „vereinfachend“ ab. Das wirft dringende Fragen auf: Wie tief muss die Angst oder die ideologische Ausrichtung sitzen, damit Erwachsene bereit sind, die eigenen Kinder und Schüler*innen in das Getriebe des Krieges zu schicken?

Die Schüler*innen lassen sich jedoch nicht einschüchtern und entwickeln neue, kreative Organisationsformen – online wie offline. Ihre Stärke hat Unterstützung von den Parteien Die Linke und BSW, der Gewerkschaft Erziehung und Wis-

senschaft (GEW), einzelnen Schülern und Lehrkräften hervorgerufen.

Wir verlangen dieser Generation sehr viel ab

Es ist verlockend, die Streikenden in die Tradition früherer Schulproteste einzureihen – gegen den Irakkrieg, für Bildungsreformen (den sogenannten Bildungstreik) oder im Rahmen von Fridays for Future. Doch es gibt einen entscheidenden Unterschied: Während frühere Bewegungen oft breite Unterstützung oder zumindest partielle Rückendeckung – auch von staatlicher Seite – erfuhren, sehen sich diese Schüler*innen von Anfang an mit Repression konfrontiert. Die Schulstreiks verlangen einer Generation sehr viel ab, die bereits mit sozialer Unsicherheit, politischer Marginalisierung und einer ungewissen Zukunft konfrontiert ist – und der gleichzeitig erklärt wird, dass Wehrpflicht eine Möglichkeit sei, „etwas zurückzugeben“. Das wirft eine naheliegende Frage auf: Wer schuldet wem was – in einer Gesellschaft, die von wachsender Kinderarmut, zunehmender sexualisierter Gewalt, dem Klimakollaps, eskalierender sozialer Isolation und der Kriegstreiberei der Mächtigen geprägt ist?

Unter solchen Bedingungen die Kraft und den Mut aufzubringen, auf die Straße zu gehen, ist keine Kleinigkeit. Damit die Samen, die die ersten beiden Schulstreiks gelegt haben, aufgehen können, braucht es eine Gesellschaft, die bereit ist, hinter jungen Menschen zu stehen – sie zu unterstützen, ohne ihnen die Richtung vorzuschreiben oder Kontrolle auszuüben.

Ein neuer Internationalismus im Entstehen?

Doch in dieser Wahrnehmung liegt der fragile Beginn von Widerstand.

Was wir beobachten, könnte durchaus die Entstehung einer neuen, von Jugendlichen geführten Antikriegsbewegung sein – einer, die sich quer durch Deutschland organisiert, transnationale Verbindungen aufbaut und jenen an der Macht jenseits nationaler Grenzen eine klare Botschaft sendet: Nein zur Wehrpflicht. Nein zu jedem Pflichtdienst. Die Reichen wollen Krieg – die Jugend will eine Zukunft.

Der 8. Mai – der Jahrestag des Sieges über den Faschismus – hat das Potenzial, zu einem internationalen Kampftag gegen den Krieg zu werden, denn die Frage der Wehrpflicht ist längst keine rein nationale Politikentscheidung mehr. Auf dem Spiel steht ein umfassender gesellschaftlicher Konflikt um die künftige Rolle des Militärs – und darum, ob eine Generation, die ohne Wehrpflicht aufgewachsen ist, deren Rückkehr und die damit einhergehende umfassendere Militarisierung akzeptieren oder sich dagegen organisieren wird.

Marah Frech ist eine in Deutschland lebende Aktivistin und Antimilitaristin. Sie bietet Beratung für Kriegsdienstverweigerer, insbesondere für junge Menschen, an. Ihre Arbeit bewegt sich an der Schnittstelle von Migration, Antimilitarismus und sozialer Gerechtigkeit.

Dieser Text erschien ursprünglich in zwei Teilen auf der Website der War Resisters International <https://wri-irg.org/>. Aus Gründen der Lesbarkeit wurden die Fußnoten hier gekürzt.

Übersetzt von Sarah Madeleine Gerhardt, unterstützt durch Claude und PONS Wörterbuch Englisch

(8) Es muss darauf hingewiesen werden, dass dieser Slogan homophobe Untertöne hat, die entschieden zurückgewiesen werden müssen.



„Mit Adleraugen auf dem Heldenplatz“

von Werner Wintersteiner

Nun hat das Verteidigungsministerium ein Buch für Kinder (ab etwa 10 Jahren) herausgebracht, „Mit Adleraugen auf dem Heldenplatz“. Es wurde am Nationalfeiertag 2025 öffentlich verteilt und in Schulen präsentiert – „im Zeichen der Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Verteidigungsministerium, um jungen Menschen altersgerecht Wissen über Sicherheit und Demokratie zu vermitteln“, wie es in einer Aussendung des Verteidigungsministeriums heißt. Es versteht sich laut Vorwort als Beitrag zur geistigen Landesverteidigung, die „eng mit der politischen Bildung in den Schulen verschränkt“ ist (S. 9). Der Inhalt – eingerahmt in eine Erzählung von einem etwa zehnjährigen Buben und seiner Freundin Chiara, die die Leistungsschau des Bundesheeres am Heldenplatz besuchen, – ist die Darstellung der Aktivitäten, vor allem der Waffengattungen, des österreichischen Bundesheeres.

Für den Militärhistoriker und Projektleiter Wilfried Thanner ist dies das erste Buch, „das das Berufsbild des Soldaten für junge Menschen nachvollziehbar darstellt.“ Da die Verlagssuche auf wenig Resonanz stieß, habe das Ministerium das Buch nun selbst herausgebracht – verfasst von zwei Bediensteten des Ressorts, die bemerkenswerterweise anonym bleiben möchten. (militaeraktuell.at)

Das ‚Moderne‘ an diesem Buch ist der Verzicht auf jedes Heldentum. Die Angehörigen des Bundesheeres werden eher als Fachleute ihres jeweiligen Gewerbes dargestellt (z.B. „die Pioniereinheit wie eine große Baufirma“, S. 29, „das Bundesheer wie ein großes Sportteam“, S. 32, oder das Biwak-Bauen im Schnee bei den Gebirgsjägern, S. 34). Dabei ist man auch um eine ‚fe-

ministische‘ Note bemüht. Der Bub, der als Ich-Erzähler fungiert, ist kein Draufgänger, sondern eher ängstlich, während seine Freundin Chiara, deren Mutter Berufssoldatin ist, viel unbekümmerter wirkt. Der Rundgang zu den Stationen des Bundesheeres am Heldenplatz lässt diese als Abenteuerspielplatz wirken, etwa der Kletterturm der Gebirgsjäger oder die Erzählungen der Fallschirmspringer. Dazwischen werden soldatische Tugenden wie Pünktlichkeit, körperliche Ertüchtigung und Gehorsam betont, wobei extra hervorgehoben wird, dass gesetzwidrige Befehle nicht befolgt werden müssen. (S. 44) Es wird auf gesunde Ernährung verwiesen und am Ende des Buches wird sogar ein Trainingsplan geboten.

Auffällig ist jedenfalls, dass die Darstellung dessen, was man früher „Kriegshandwerk“ genannt hat und heute wohl als „Kriegsindustrie“ bezeichnet werden müsste, ganz ohne Töten und Blutvergießen auskommt. Es wird sozusagen ein klinisch reines Heer präsentiert. Selbst die Tatsache, dass Chiaras Mutter natürlich auch Schießübungen absolviert, ist ihr gar nicht so leicht zu entlocken. „Sagen wir mal, wir haben unsere Waffen zur Abschreckung“, um zu „verhindern, dass uns jemand angreift. [...] Eine gute Waffen- und Schießausbildung ist natürlich wichtig.“ (S. 13) Offenbar möchte man die Tätigkeit der Soldatin oder des Soldaten als einen Beruf wie jeden anderen darstellen, mit einer quasi technischen Beschreibung des Militärs. Damit erspart man sich jede politische Diskussion wie auch jede Rechtfertigung des Militärischen in der Gesellschaft.

Eine solche klinische Präsentation des Militärs färbt auch auf die Darstellung des Nationalfeiertags ab,



um den es in dem Buch ja geht. „An diesem Tag feiern wir, dass Österreich ein friedliches und freies Land ist.“ Es wird zwar auf das am 26. 10. 1955 beschlossene Neutralitätsgesetz verwiesen, aber mit Formulierungen, als hätte die Neutralität vor allem einen historischen Wert: „Das war nach dem Zweiten Weltkrieg sehr wichtig, weil viele Länder damals Angst vor weiteren Kriegen hatten.“ Heute sei der Tag von Bedeutung, weil „er uns daran erinnert, wie wichtig Friede, Freiheit und Zusammenhalt sind. Und dass wir froh sein können, in einem demokratischen und sicheren Land zu leben.“ (S. 15) Von aktiver Neutralitätspolitik ist keine Rede; auch die Auslandsmissionen des Bundesheeres, die doch der Friedenssicherung dienen, werden in dieser Leistungsschau des Bundesheeres nicht erwähnt.

Inzwischen hat die österreichische Schriftsteller:innenvereinigung „IG Autorinnen Autoren“ ebenfalls ablehnend zu dieser Publikation Stellung genommen. In einer Resolution vom Februar 2026 heißt es: „Die IG Autorinnen Autoren lehnt Publikationen wie ‚Mit Adleraugen auf dem Heldenplatz‘ und ihren Einsatz im Unterricht ab. In solchen Publikationen werden nur Fragen der



klassischen Verteidigungspolitik betont. Sie stehen dem breiten Ansatz von Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung entgegen und schwächen nicht militärische Alternativen im Unterricht ab. [...] Publikationen wie das Buch „Mit Adleraugen auf dem Heldenplatz“ verstärken und manifestieren die militärischen Perspektiven im Unterricht und lassen friedenspädagogische Positionen zu kurz kommen. Sie haben im Unterricht nichts verloren.“

Inwieweit „Mit Adleraugen auf dem Heldenplatz“ sein Ziel der Sympathiewerbung für das Bundesheer erfüllen wird, ist noch unklar. Was die wiederholten und ständig verstärkten Bemühungen betrifft, eine militärpolitische Perspektive in die Politische Bildung einzubringen, so möge als friedenspädagogische Maxime gelten: Adlerauge, sei wachsam!

Werner Wintersteiner ist Universitätsprofessor i.R. der Universität Klagenfurt und Gründer des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung; Deutschdidaktiker und Friedenspädagoge.

Dieser Text erschien ursprünglich als Teil des Artikels „Adlerauge, sei wachsam!“ bei Unsere Zeitung unter www.unsere-zeitung.at/2026/04/26/adlerauge-sei-wachsam/



Pazifismus — wenn nicht jetzt, wann dann?

Thesen von Ullrich Hahn

Vorbemerkung: Das landläufige Bild von einem Pazifisten ist geprägt vom Eindruck der Schwäche, Nachgiebigkeit, Unterwürfigkeit. Stark wirkt der bewaffnete Soldat, besonders wenn er – inzwischen auch sie – in größerer Formation im Gleichschritt auftritt.

Die Wirklichkeit ist umgekehrt: Die Stärke des Bewaffneten ist seine Waffe, nicht die Person. Hinzu kommt, dass er als Person einem fremden Willen unterworfen ist. Er/sie handelt auf Befehl.

Den Gehorsam hat er/sie beim Dienstantritt gelobt oder gar geschworen. Auch unabhängig davon ist sein/ihr Denken nicht frei: Es ist von der Waffe dominiert. Der/die Pazifist*in dagegen behauptet sich selbst. Er/sie gehorcht nicht.

In der Regel mussten die Pazifist*innen auch lernen, der Mehrheitsmeinung zu trotzen. Sie beziehen ihre Stärke nicht aus einer Waffe, sondern aus ihrer ganz eige-

nen Person (Kant: Aus dem moralischen Gesetz in der Person).

Vierzehn Thesen:

1. Kennzeichen des Pazifismus ist nicht in erster Linie ein bestimmtes Handeln, sondern ein Unterlassen, das Lassen der Gewalt (Das Gute, dieser Satz steht fest, ist stets das Böse, das man lässt, Wilhelm Busch).
2. Dabei bedarf das Lassen illegaler, strafbarer Gewalt keiner besonderen Begründung. Es geht der pazifistischen Haltung gerade um den Verzicht auf die legale, in der nationalen und internationalen Rechtsordnung gerechtfertigten Gewalt (Artikel 26, 87a GG, Artikel 51 UN-Charta), d. h. um den Verzicht auf militärische Verteidigung.
3. Grundlage dieses Pazifismus sind weder spezifisch christliche oder „westliche Werte“, sondern das in der „Goldenen Regel“ kulturübergreifende und in der Neuzeit

als völkerrechtlich anerkannte Menschenrecht: Jede Person hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

4. Pazifismus ist durch diese Rückbindung auf allgemein gültige Werte nicht nur Ausdruck einer persönlichen Gesinnung, sondern der Verantwortung für das Leben des und der anderen und damit der ganzen Menschheit.

5. Dies unterscheidet den Pazifismus von einer Politik des Nationalstaates, der das Wohl und Wehe der eigenen Nation über das Leben fremder Menschen und das Leben der Menschheit stellt (siehe Art. 56 GG). Auch der Mensch jenseits der Grenze ist einer von uns.

6. Dieser Blick auf die Menschheit ist nicht „blauäugig“. Unrecht und ungerechtes Verhalten dürfen nicht hingenommen werden – aber niemand hat deshalb den Tod verdient („Die Todesstrafe ist abgeschafft“, Art. 102 GG).

7. Die Haltung des Pazifismus über die Verwerflichkeit der militärischen Verteidigung und jeden Militärs erhebt zwar Anspruch auf Allgemeingültigkeit, aber nicht im Sinne einer „Vorschrift“.

Vorschriften in Bezug auf Leben und Tod sind übliche Zwangsmittel derjenigen Staaten, die eine Wehrpflicht kennen. Der Pazifismus hat keine solche Macht und will sie auch nicht haben. Er will nicht zwingen, sondern überzeugen. Eine unmittelbare Verpflichtung zum entsprechenden Handeln ergibt sich nur für diejenigen, die die entsprechende Überzeugung als Recht erkennen.

8. Daraus folgt: Der Krieg hört auf, wenn schon eine der beiden Seiten die Waffen niederlegt. Darüber muss nicht verhandelt werden. Wer das Töten von Menschen als Unrecht erkennt, lässt davon ab, unabhängig von der anderen Seite. Ver-

handlungen haben ihren Platz, wenn es dann um die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft geht.

9. Für das zum Krieg führende Unrecht ist unmittelbar die angreifende Seite verantwortlich. Der Krieg beginnt aber erst mit der militärischen Verteidigung. Damit übernimmt die verteidigende Seite eine eigene Mitverantwortung für den daraus folgenden Krieg mit allen seinen Folgen, auch für die mit jedem Krieg verbundenen Kriegsverbrechen. Bei zwei Staaten, die sich im Krieg befinden, hat keiner das Recht auf seiner Seite. Schon Kant formuliert bezüglich der bloßen Verteidigungsabsicht: „stehende Heere ... sollen mit der Zeit ganz aufhören, denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen.“

10. Wer sich auf das Mittel der Gewalt zur Durchsetzung der eigenen, wenn auch berechtigten Interessen einlässt, unterliegt dann auch der Logik dieser Gewalt: Es gewinnt der Stärkere. Das bedingt eine nicht endende Aufrüstung. Das Maß hierfür ist die vermeintliche Stärke der anderen Seite und ihrer vermeintlich bösen Absichten. Für die Durchsetzung des Rechts ist die Gewalt deshalb ein untaugliches Mittel.

11. Gegenüber anderen ist die Gewalt dominant, selbst wenn sie nur nachrangig eingesetzt werden soll. Sie ist sofort greifbar und verspricht schnellen Erfolg. Für diesen Zweck wird das Militär gerüstet. Waffen beeinflussen so das Denken der Waffenträger und der über das Militär verfügenden Politik schon lange vor einem Einsatz. Bewusst oder unbewusst werden sie durch ihre bloße Existenz zum vorrangigen Mittel im Konflikt.

12. Die eingesetzten Mittel und Methoden der Gewalt prägen dann auch das Ergebnis: Tod, Zerstörung, Verstümmelung, Traumata. Die zuvor angestrebten Ziele, Frei-

heit und Demokratie, bleiben auf der Strecke.

Die Erfordernisse des Militärs haben Vorrang vor allen menschlichen Bedürfnissen, auch vor dem Schutz des Klimas als Grundlage allen Lebens. Selbst für die gewinnende Seite gilt: „Was durch Gewalt erworben wurde, kann in der Regel auch nur wieder durch Gewalt verteidigt werden“, Gandhi.

13. Was bleibt den Pazifist*innen zu tun? Die ihnen zur Verfügung stehenden gewaltfreien Mittel unterliegen einem anderen Zeit- und Handlungsrahmen als dem des Militärs. Sie können und wollen nicht durch Schnelligkeit und Zerstörungskraft beeindrucken. In der Zeit vor dem Krieg ist es ihre Aufgabe, auf die Gefahren der Rüstung hinzuweisen, der Aufrüstung zu widersprechen und für eine auch einseitige Abrüstung einzustehen. In Zeiten des Krieges verweigern sie sich, mitzumachen. Nach dem Krieg übernehmen sie als Erste die Mühen der Versöhnung, soweit sie/wir alle dann noch leben.

14. Das Gegenteil von Gewalt ist nicht einfach Gewaltlosigkeit, sondern Gerechtigkeit. Neben der Kritik an der unmittelbaren Gewalt des Militärs bleibt die Aufgabe, die vielfältigen Formen struktureller Gewalt, die nicht weniger lebensfeindlich sind, zu überwinden. Pazifismus ist keine Passivität, sondern tätiges Handeln für einen Frieden in Gerechtigkeit.

Ullrich Hahn ist Präsident des deutschen Versöhnungsbundes

Dieser Text erschien ursprünglich unter www.lebenshaus-alb.de/magazin/015558.html





Selbstbestimmung und Widerstand: Die Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Unsicherheit und Neoimperialismus in der Sahelzone

von Dolly Afoumba

Während einer Debatte über den Begriff der Rechtsstaatlichkeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stellte Antonio Guterres die offensichtliche Feststellung an, dass die internationale Rechtsordnung zunehmend als Option und nicht als Verpflichtung behandelt werde: „Überall auf der Welt“, so sagte er, „wird die Rechtsstaatlichkeit durch das Gesetz des Dschungels ersetzt.“⁽¹⁾ Nur ist in diesem Dschungel der Mensch in seiner einfachsten Rolle (als Mitglied der Zivilgesellschaft) kein Wolf für den Menschen, sondern die verwundbarste Beute mächtiger Raubtiere, nämlich der schwer bewaffneten Staaten, die unter dem Deckmantel sogenannter rettender Absichten einseitig über das Schicksal von Menschen in anderen Staaten entscheiden, angeblich gegen ein sogenanntes unterdrückerisches Re-

gime. Im Gegensatz zum Schicksal des Völkerrechts, dessen abstrakter Charakter es vielleicht ignorierbar, aber nicht unwiederbringlich macht, bleibt die Zivilgesellschaft das größte Opfer internationaler Willkür. Sie gerät unter Beschuss, wird weder konsultiert noch berücksichtigt. Von einem sterbenden Völkerrecht ihrem Schicksal überlassen, muss sie sich organisieren, um sowohl auf lokaler Ebene als auch auf internationaler Ebene Einfluss zu nehmen. Und zwar bevor die Munition ausgeht, denn die Geschichte hat gezeigt: Wenn die Raketen einschlagen, versiegen die Reden zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Völker und werden erst wiederbelebt, wenn die Verwüstungen Sieger*innen und Verlierer*innen hervorgebracht haben. Dieser Artikel befasst sich daher mit den Aktionen der Zivilgesellschaft im aktuellen Kontext globaler

Unsicherheit, vor allem in der sogenannten Zentral-Sahel-Region, insbesondere in Mali, Burkina Faso und Niger.

Kurzer Überblick

Seit den 2000er Jahren, insbesondere nach dem Sturz Gaddafis 2011, ist die Sahelzone von zunehmender terroristischer Gewalt betroffen. Sie wurde zum Schauplatz westlicher Militärinterventionen, bevor seit 2020 souveränistische Bewegungen in Mali, Burkina Faso und Niger zu Militärregimen und dem Abzug westlicher Truppen führten, wodurch sich neue, panafrikanistisch geprägte Führungsformen mit gemischten sicherheitspolitischen Ergebnissen etablierten.

Einerseits geht es um den Schutz und die eigenständige Nutzung lokaler Ressourcen durch Förderprogramme für Produzent*innen, etwa das malische PCRSS (Projet Communautaire de Relèvement et de

(1) <https://news.un.org/fr/story/2026/01/1158291>

Stabilisation du Sahel)⁽²⁾, das seit 2020 in mehreren Regionen tätig ist und Millionen Begünstigte erreicht hat, sowie das burkinische PURPA-Projekt zur Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion (Projet d'urgence pour le renforcement de la production agricole). Dieses wird seit 2026 von der Afrikanischen Entwicklungsbank unterstützt und umfasst zentrale Agrarsektoren. Parallel dazu haben die drei Staaten ihre gemeinsamen Interessen durch institutionelle Initiativen gestärkt, darunter die Charta von Liptako-Gourma (2023), die Gründung der Konföderation der Sahelstaaten (2024), die Einrichtung der Investitionsbank BCID und der gemeinsamen Streitkraft FU AES (Alliance des États du Sahel), während zugleich regionale Beziehungen verbessert und verstärkte Bemühungen zur Kontrolle strategischer Rohstoffe wie Gold, Lithium, Erdöl und Uran sichtbar werden.

In Mali forderte der Staat Steuerrückstände von [der kanadischen Firma (Anm. der Red.)] Barrick Mining ein, stellte bestimmte Goldminen unter vorläufige Staatsverwaltung, beschlagnahmte einen Teil der Goldproduktion und verhaftete einige Führungskräfte des Unternehmens, denen Unterschlagung vorgeworfen wurde. In Burkina Faso haben die Behörden systematische Prüfungen der Bergbaulizenzen eingeleitet und im Oktober 2024 damit gedroht, den multinationalen Unternehmen im Goldsektor die Lizenzen zu entziehen, was zu einem Einbruch des Börsenwerts mehrerer kanadischer und australischer Unternehmen führte. In Niger hat die Regierung eine Überprüfung der Vereinbarungen mit ausländischen Unternehmen eingeleitet, insbesondere im Uransektor. Sie hat Somaïr verstaatlicht, ein Unternehmen, das Uranvorkommen abbaut und mehrheitlich im Besitz des französischen Unternehmens Orano ist, dem im Juni 2024 die Abbau- lizenz für das Imouraren-Vorkom-

men entzogen wurde. Niger hat zudem neue Forderungen an China gestellt, um extrem strenge Bedingungen für die Erdölförderung festzulegen.

Andererseits sieht man die durchwachsenen Ergebnisse der friedenserhaltenden Maßnahmen und der Bemühungen zur Stärkung der staatlichen Autorität im gesamten Staatsgebiet. Trotz der oben genannten Anstrengungen ist die Sicherheitslage in der zentralen Sahelzone nach wie vor alarmierend. Terroristische Gruppen wie die mit Al-Qaida verbündete „Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime“ (GSIM) üben starken Druck aus. Über sämtliche Blockaden von Handelsstraßen hinaus, sind tödliche Angriffe zu beobachten. So beispielsweise die von der GSIM für den 24. August 2024 beanspruchte tödliche Offensive, bei der in der Nähe von Barsalogho, nordöstlich von Ouagadougou, ein Verteidigungsgraben ausgehoben wurde, was Hunderte von zivilen Opfern forderte. Ebenso wie wenige Wochen später, am 17. September, der Angriff von Kommandos derselben Gruppe im Herzen Malis auf die Nationale Gendarmerieschule sowie auf den internationalen Flughafen von Bamako, der mehrere Dutzend Opfer forderte. Am 25.04. 2026 verübte das mit Al-Qaida verbündete Terrornetzwerk JNIM gemeinsam mit Tuareg-Rebellen der FLA koordinierte Angriffe in sieben Städten in Mali, bei denen unter anderem Verteidigungsminister Sadio Camara getötet wurde.

Trotz des erklärten Bruchs mit repressiven Praktiken früherer Regime bleiben die neuen Staatsführungen nicht frei von Kritik, insbesondere aufgrund der Verhaftung und Kriminalisierung von Journalist*innen, Aktivist*innen und regierungskritischen Stimmen. In Verbin-

dung mit einer relativen subregionalen Isolation könnte die Region zum Ziel von Operationen zur gewaltsamen Durchsetzung des Friedens werden. An den Toren des Nahen Ostens gelegen, könnte die Sahelzone ebenfalls dunklere Zeiten erleben, falls terroristische Organisationen dort wie in der Zeit nach Gaddafi einen besseren Zufluchtsort fänden. Eine Situation, die auch eine erneute westliche Militärintervention nach sich ziehen könnte, die in diesem Kontext der Willkür noch mehr Schaden an der Zivilbevölkerung anrichten würde.

So betrachtet bleibt die Lage für die Zivilgesellschaft angespannt, die zusätzlich zu den oben genannten Umständen mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen konfrontiert ist. Diese resultiert insbesondere aus den früheren Sanktionen der ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und der Europäischen Union, die im Laufe des Jahres 2025 jedoch wiederholt als einer der Hauptgründe für den endgültigen Austritt von Mali, Burkina Faso und Niger aus der ECOWAS genannt wurden.⁽³⁾

Angesichts dieses Kontextes ist jedoch eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit der Zivilbevölkerung in Mali, Burkina Faso und Niger zu beobachten. In diesen drei Ländern zeigt die Gesamtheit der sozialen Schichten einen echten Willen, am nationalen Wiederaufbau mitzuwirken.

Zwischen Mediation, Dialog und wirtschaftlicher Resilienz

Die Bevölkerung der zentralen Sahelzone spielt eine zentrale Rolle beim Aufbau von Sicherheitsstrukturen und bei der Förderung friedlicher Entwicklungen, indem sie sich in Bereichen wie Konfliktprevention, wirtschaftliche Alternativen und zi-

(2) <https://pcrss.ml/>

(3) <https://www.youtube.com/watch?v=VNC-aOz0rcA&t=1s>.



vilgesellschaftliche Initiativen engagiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der finanziellen Beteiligung am nationalen Wiederaufbau, die zwar an historische Beispiele wie europäische Kriegsanleihen erinnert, im Sahel jedoch vor allem in Form von Spenden erfolgt, um staatliche Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte zu unterstützen.

Eine zentrale Säule des zivilen Widerstands in der Sahelzone ist die Stärkung des sozialen Gefüges, das durch Gewalt und Ressourcenkonflikte geschwächt wird. Vor diesem Hintergrund entstand 2020 die Bürgerkoalition für die Sahelzone (CCS), ein Bündnis von über 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen⁽⁴⁾, das den Schutz der Zivilbevölkerung und die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellt. Zur Umsetzung dieser Ziele erarbeitet die CCS Empfehlungen zur Konfliktbewältigung und begleitet Friedensprozesse durch die Veröffentlichung von Berichten zur Sicherheitslage⁽⁵⁾. Bereits 2021 kritisierte sie die Vernachlässigung der Zivilbevölkerung in sicherheitspolitischen Maßnahmen, während der Folgebericht von 2022 insbesondere den Schutz von Frauen und Kindern sowie die Priorisierung ziviler Sicherheit gegenüber rein militärischen Erfolgsindikatoren betonte.

In Ländern wie Mali richten lokale Gemeinschaften Dialog- und Vermittlungsmechanismen ein, um Konflikte zu verhindern und zu lösen, insbesondere zwischen sesshaften Bauern/Bäuerinnen und nomadischen Viehzüchter*innen. Gemeindeverwaltungsausschüsse organisieren Sensibilisierungsmaßnahmen wie „Friedenskarawanen“, um den Dialog als wichtigstes Instrument zur Streitbeilegung zu fördern. Dies ist beispielsweise in der Ortschaft Baba (Dioula) der Fall, wo die Community Management Com-

mittees (CMC) am 17. November 2025 eine große Friedenskarawane organisiert haben. Die Karawane besuchte Treffpunkte von älteren Menschen, Jugendlichen, Handwerker*innen und Verkäufer*innen mit der Kernbotschaft, dass der Dialog das wirksamste Mittel zur Konfliktprävention und -lösung sei.

Angesichts von Sicherheitskrisen, politischen Umbrüchen und internationalen Sanktionen haben die Bevölkerungen von Mali, Burkina Faso und Niger seit Beginn der 2020er Jahre neuartige Formen der finanziellen und sozialen Mobilisierung entwickelt, um den Staat, die Verteidigungskräfte und die Entwicklungspolitik zu unterstützen. In diesen drei Ländern der zentralen Sahelzone stellt der Beitrag der Bürger*innen – sei es von der lokalen Bevölkerung oder von der Diaspora – mittlerweile einen wichtigen Hebel für nationale Resilienz und wirtschaftliche Souveränität dar. In Burkina Faso, Mali und Niger belaufen sich diese freiwilligen Beiträge der Bevölkerung auf hunderte Milliarden CFA-Francs (FCFA). In Burkina Faso z.B. wurden zwischen 2023 und 2025 fast 500 Milliarden FCFA (etwa 1 Milliarde Dollar) mobilisiert. Niger konnte zwischen 2024 und 2025 über 33 Milliarden FCFA mobilisieren, die Regierung in Mali mehr als 34,7 Milliarden FCFA bis Juli 2025.

Insgesamt zeigen diese Initiativen einen Wandel in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in der zentralen Sahelzone seit 2022/2023. Die Bevölkerung wird unter sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Zwängen zu einem direkten Akteur der Stabilisierung und trägt sowohl Verteidigung, Solidarität als auch Entwicklungsfinanzierung mit. Trotz unterschiedlicher Mechanismen – von freiwilligen Beiträgen in Burkina Faso über ge-

zielte Abgaben in Mali bis zu gemischten Modellen im Niger – verdeutlichen sie einen gemeinsamen Willen, nationale Souveränität durch interne Ressourcen und diasporische Unterstützung zu stärken. Damit senden sie ein klares Signal an politische und internationale Akteur*innen, dass die Bevölkerung selbst die zentrale Kraft im Aufbau oder Wiederaufbau staatlicher Ordnung ist und Selbstbestimmung als Ausgangspunkt, nicht als Folge von Krisen, gedacht werden sollte.

Dolly Afoumba ist promovierte Absolventin der Wirtschaftsgeschichte der Philipps-Universität Marburg. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Kontinuität britisch-französischen Finanzimperialismus in Ost- und Zentralafrika.

(4) <https://www.globalr2p.org/resources/global-centre-country-advocacy-central-sahel/>

(5) <https://www.sahelpeoplescoalition.org/qui-nous-sommes>



Der größte Verrat am saharauischen Volk: Spaniens bedingungslose Normalisierung der Beziehungen zu Marokko übertrifft sogar die Abraham-Abkommen

von Salka Barca

Eine Perspektive der saharauischen Zivilgesellschaft

Spaniens zunehmende Annäherung an Marokko ist mehr als nur eine weitere diplomatische Entwicklung. Für das saharauische Volk und seine zivilgesellschaftlichen Organisationen stellt sie einen der folgenschwersten Rückschläge seit Jahrzehnten dar, der wohl schwerwiegender ist als die Abraham-Abkommen, mit denen die Beziehungen zwischen Marokko und Israel formalisiert wurden. Im Gegensatz zu diesen Abkommen tragen Spaniens Handlungen das Gewicht direkter historischer Verantwortung. Als de jure-Verwaltungsmacht der Westsahara nach internationalem Recht hat Spanien verbindliche moralische und rechtliche Verpflichtungen, die es weiterhin ignoriert.

Diese anhaltende Unbeständigkeit in der spanischen Politik ist kein Zufall; sie spiegelt ein tieferes Muster wider. Indem Spanien die Beziehungen zu Marokko stärkt, ohne einen glaubwürdigen Prozess zur Selbstbestimmung der Sahrauis zu fordern, signalisiert es, dass langjährige rechtliche Verpflichtungen beiseitegeschoben werden können, wenn sie politisch ungelegen sind. Diese Botschaft hallt weit über Nordafrika hinaus nach und untergräbt globale Normen, die Völker im Prozess der Entkolonialisierung schützen sollen.

Hinter der diplomatischen Fassade: Der Alltag unter Besatzung

In der gesamten Westsahara hat Marokko seine Kontrolle durch eines der am stärksten militarisierten Systeme der Welt gefestigt, das auf



dem befestigten Sandwall basiert und durch eine enge Sicherheitszusammenarbeit mit internationalen Partnern gestützt wird. Für die saharauische Zivilbevölkerung bestimmt diese Architektur der Überwachung und Einschränkung den Alltag: Die Bewegungsfreiheit wird kontrolliert, die Meinungsäußerung überwacht und Grundrechte werden unter der militärischen Besatzung routinemäßig verletzt.

Doch in diesem Umfeld hat die saharauische Befreiungsbewegung, die Polisario-Front, eine Disziplin und Zurückhaltung an den Tag gelegt, die in modernen Konflikten außergewöhnlich ist. Seit fünf Jahrzehnten lehnt sie Terrorismus unmissverständlich ab und beschränkt ihren bewaffneten Kampf streng auf marokkanische Militärziele im besetzten Gebiet. Diese Disziplin spiegelt ein prinzipielles Bekenntnis zum Schutz der Zivilbevölkerung wider, das auch dann aufrechterhalten wird, wenn die saharauischen Zivilist*innen selbst systematischer Unterdrückung ausgesetzt sind.

Dies wirft eine Frage auf, die die internationale Gemeinschaft nie ehrlich beantwortet hat: Wenn ein halbes Jahrhundert der Gewaltlosigkeit, des Schutzes der Zivilbevölkerung und der Einhaltung dieser Prinzipien nichts zählt, was dann?

Warum schwankt Pedro Sánchez' moralischer Mut in Bezug auf die Westsahara, obwohl er Palästina anerkannt hat?

Selbstbestimmung ist kein abstraktes Prinzip; sie ist ein Eckpfeiler des Völkerrechts. Die Behandlung der Westsahara als routinemäßige bilaterale Angelegenheit schmälert jedoch nicht nur den Sonderstatus des Gebiets, sondern umgeht auch Spaniens zentrale Rolle in seinem ungelösten Entkolonialisierungsprozess.

Es ist schwer, die Doppelmoral in Pedro Sánchez' Herangehensweise zu übersehen. Während er moralischen Mut beweist, indem er Palästinas Recht auf Selbstbestimmung anerkennt, scheint dieselbe Überzeugung zu fehlen, wenn es um die Westsahara geht – ein Gebiet, das trotz Spaniens formellem Rückzug im Jahr 1975 laut den Vereinten Nationen weiterhin unter Spaniens de-jure-Verwaltungshoheit steht. Spanien behält nicht nur diesen rechtlichen Status bei, sondern übt auch de facto administrativen Einfluss aus, indem es den Luft- und Seezugang zur Westsahara kontrolliert – eine Form der faktischen Autorität, die die fortgesetzte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Sahrauis ermöglicht. Die Ironie ist eklatant: Die



Sahrauis in den besetzten Gebieten leben in Armut, und diejenigen in den Flüchtlingslagern sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, die manchmal in Form von Fischkonserven erfolgt, die wahrscheinlich aus den Gewässern der Westsahara stammen und als Almosen an ihre rechtmäßigen Eigentümer*innen zurückgegeben werden.

Am 31. Oktober 2025 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 2797, mit der das Mandat der MINURSO verlängert wurde, der Mission, die mit der Überwachung eines seit langem versprochenen Referendums über die Zukunft der Westsahara betraut ist. Auf dem Papier bekräftigte dies, dass die Welt das Selbstbestimmungsrecht des saharaischen Volkes nach wie vor anerkennt. Doch eine Bekräftigung ist keine Durchsetzung. Indem Spanien die Beziehungen zu Marokko normalisiert, ohne auf durchsetzbaren Schutz für die Rechte der Sahrauis zu bestehen, trägt es dazu bei, Mechanismen zu schwächen, die der besetzten Bevölkerung unparteiische Beobachtung, unabhängige Überwachung und rechtliche Wege zur Wiedergutmachung sichern sollen.

Spaniens Haltung schafft zudem einen weitreichenden Präzedenzfall. Als von der UNO anerkannte Verwaltungsmacht beeinflussen seine Entscheidungen die politische Landschaft der Europäischen Union und prägen die internationalen Erwartungen daran, wie Verwaltungsmächte unvollendete Entkolonialisierungsprozesse angehen sollten. Wenn Madrid diesen Weg ohne klare Garantien weitergeht, werden seine Handlungen wahrscheinlich als stillschweigende Billigung der derzeitigen Kontrolle Marokkos gedeutet werden, wodurch dem saharaischen Volk faktisch sein Recht verwehrt wird, über seine eigene Zukunft zu bestimmen.

Eine Chance für Europa: Engagement für die Westsahara

Europäische Institutionen und die Zivilgesellschaft haben klare, umsetzbare Aufgaben. Parlamentarische Gremien können Transparenz hinsichtlich der Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Spanien und Marokko einfordern. Gerichte können bei der Schlichtung von Streitigkeiten über die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Zuständigkeitsansprüche unterstützt werden. Menschenrechtsorganisationen können finanziell gefördert werden, um Missbräuche zu untersuchen und Überlebenden bei der Einreichung von Klagen zu helfen.

Solche Maßnahmen sind nicht symbolisch. Sie bilden das Rückgrat der Rechenschaftspflicht und tragen dazu bei, dass dem Kampf der Sahrauis mit rechtlicher Strenge statt mit diplomatischer Vernachlässigung begegnet wird. Die Aufforderung an Spanien, seine Außenpolitik mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen, ist kein Angriff auf die Diplomatie; es ist ein Aufruf zu einer Diplomatie, die auf der Menschenwürde gründet.

Das langjährige Bekenntnis des saharaischen Volkes zur Gewaltlosigkeit, verbunden mit einer wachsenden Zahl von Präzedenzfällen, hat einen seltenen Moment geschaffen, in dem koordiniertes Handeln echte Veränderungen bewirken kann. Nach fünfzig Jahren würdevollen Widerstands, der Terroris-

mus ablehnt und das Völkerrecht hochhält, verlangt ihre Widerstandsfähigkeit nun eine Reaktion, die an Klarheit und Mut nicht nachsteht. Dies ist der Moment, Prinzipien in Hebelwirkung und Solidarität in durchsetzbaren Druck zu verwandeln.

Echte Fortschritte erfordern ein einheitliches Bündel strategischer, nicht verhandelbarer Verpflichtungen:

A. Uneingeschränkter internationaler Zugang zum besetzten Gebiet, damit unabhängige Untersuchungsmissionen die Realitäten vor Ort dokumentieren können.

B. Rechtliche Rechenschaftspflicht für Regierungen und Unternehmen, die die Besatzung aufrechterhalten, einschließlich derer, die für Missbräuche verwendete Mittel liefern.

C. Konkrete, durchsetzbare politische Verpflichtungen, die die Rechte der Sahrauis als Verpflichtungen und nicht als diplomatische Gesten behandeln.

D. Die Forderung, dass Spanien als Hauptpartei an allen Verhandlungen und Diskussionen teilnimmt, basierend auf seinen historischen und de jure rechtlichen Verantwortlichkeiten als Verwaltungsmacht.

Mit Dringlichkeit und Überzeugung verfolgt, können diese Schritte eine fragile Öffnung in einen Weg zu einer echten Lösung verwandeln und den Kampf der Sahrauis von Ausdauer zu Gerechtigkeit führen.

Salka Barca, geboren in El-Aaiún, Westsahara, ist eine saharaisch-amerikanische Linguistin und Menschenrechtsaktivistin, die sich für gewaltfreien Widerstand einsetzt. Sie wuchs in saharaischen Flüchtlingslagern im Südwesten Algeriens auf, nachdem ihre Familie vor der militärischen Invasion Marokkos geflohen war. Nach 43 Jahren im Exil besuchte sie ihren Geburtsort, wo sie während ihres gesamten Aufenthalts unter marokkanischer Überwachung stand. Salka ist Gründungsmitglied des Western Sahara Solidarity Committee (WSSC) und Mitbegründerin von Karama Sahara um die marokkanische Militärbesatzung und die systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen die Sahrauis aufzudecken, und sie setzt sich in den Vereinigten Staaten aktiv für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für ihr Volk ein.

Mehr lesen unter: → <https://karamasahara.org>

→ <https://wssc.us>



Die Mandé Charta, die älteste Erklärung maßgebender Menschenrechte

Ein Beispiel dafür, was wir vom reichhaltigen Kulturerbe Afrikas lernen sollten

von Annamaria Bokor

In Europa ist die falsche Vorstellung weit verbreitet, dass die Menschen in Afrika vor David Livingston (Missionar und Afrikaforscher, 1813-73) keine Geschichte hätten. Dieser absurden Behauptung widerspricht allein schon die durch genetische Untersuchungen bewiesene Tatsache, dass der Ursprung der Menschheit in Afrika liegt. Vom 12. bis 16. Jahrhundert gab es große, mächtige afrikanische Königreiche. Ab dem 15. Jahrhundert besetzten Europäer*innen neben anderen Kontinenten auch Gebiete in Afrika. Die lokalen Bevölkerungen waren unterdrückt, ausgebeutet, versklavt, als „primitiv“ und „ohne Kultur“ betrachtet. Dieses Klischee dauert vielerorts bis heute an.

Auf der anderen Seite waren die Wissensvermittlung in den Schulen und das Schulsystem in afrikanischen Ländern bis vor Kurzem vom Erbe der Kolonialzeit geprägt, ohne Rücksicht auf kulturelle, historische oder geographische Bezüge innerhalb des Kontinents. Der Geschichtsunterricht bestand überwiegend aus europäischer Geschichte, vor allem der des 20. Jahrhunderts. Genauso hatte der Sprachunterricht Inhalte überwiegend europäischer Schriftsteller*innen.

Und hierzulande? Wer hat vom Benin-Reich, Ghana-Reich oder von Soundiata Keïta in der Schule gehört? - Obwohl das reiche soziale und kulturelle Erbe auf dem afrikanischen Kontinent mit etwa 2000 Sprachen es in jedem Fall Wert ist gelesen und diskutiert zu werden. Ein Beispiel dafür, was wir aus diesem reichhaltigen Schatz heute ler-

nen können, ist die aus dem heutigen Mali stammende älteste Erklärung der Menschenrechte, die Mandé Charta oder Kurukun Fuga. Weil die Mandé Charta aus mündlicher Überlieferung stammt, ist umstritten, inwieweit sie inhaltlich verlässlich sei. Trotzdem ist sie von großer Bedeutung, was ihre Aufnahme in die UNESCO-Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit im Jahr 2009 bezeugt. Neben dieser Quelle durch mündliche Überlieferung gibt es ebenso schriftliche Dokumente aus dem reichen kulturellen Erbe der Geschichte Afrikas.

Einer der ersten Staaten in Westafrika ist nach der Überlieferung das Land der Mandeng, Mandinka oder Mandé. Seine Ursprünge reichen bis in die Zeit von Soundiata Keïta, religiöser und weltlicher Führer der Mandinka (13. Jh.) zurück. Er und seine Gefolgschaft waren Anhänger*innen traditioneller Religionen. Seine Herrschaft, die etwa 20 Jahre dauerte, war von Wohlstand und Stabilität geprägt. Das Mandinka-Land erstreckte sich damals vom Atlantischen Ozean bis Niger. Mandinka leben heute neben Mali auch im Senegal, in der Elfenbeinküste und im Osten Guineas.

Die Geschichten der Mandinka wurden von Generation zu Generation durch die Griots (männliche und weibliche Geschichtenerzähler, begleitet von einem Saiten-Instrument, der Kora) weitergegeben.

Mythische Vorfahren der Malinké und Bambara Jäger bildeten den Ursprung des Landes der Mandé, das für seinen Reichtum an Tieren und Wild sowie für seine dichte Ve-

getation bekannt war. Durch Handel kam das Mandé-Reich zu großem Wohlstand.

Der traditionellen Überlieferung nach wurde die Mandé Charta, auch Kurukun Fuga genannt, zwischen 1222 und 1235 ausgerufen. Kurukun Fuga war ein Ort etwa 90 km von der heutigen Hauptstadt Malis, Bamako, entfernt. Die genaue Datierung ist zwar schwierig, aber sie entstand weit mehr als 500 Jahre vor der Formulierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948.

Die Kurukun Fuga, eine Art Verfassung, handelt von der Unantastbarkeit menschlichen Lebens, der Gleichheit aller Lebewesen und den Schrecken von Krieg und Sklaverei, die ein Ende haben sollen. Das Ziel von Soundiata Keïta war es, die sozialen Gefüge und das friedliche Zusammenleben in seinem Reich zu organisieren, das verschiedene Völker vereinte.

Der Text in sieben Abschnitten spiegelt das damalige soziale Leben im Mandinka-Reich wider. Er zeugt von einer aus Schmieden, Jägern, Sklaven und Dichterpriestern bestehender Gesellschaft, die danach strebte, in Gerechtigkeit, Frieden und in gegenseitiger Achtung zu leben. Die Gesellschaft war in Altersklassen eingeteilt und es spielte keine Rolle, welcher Gruppe man angehörte. Es gab rechtlich keinen Unterschied zwischen Frau und Mann, Freien und Sklaven. Im Sozialgefüge der Mandinka erhielten junge Menschen bei der Initiation wichtige Kenntnisse und Tradition. Die Jäger, die sich in Bündnis zu-



sammenschlossen, waren sowohl für die Versorgung als auch für die Verteidigung der Dörfer verantwortlich. Sie kannten den Wald und die Wirkung diverser Pflanzen, achteten die Seele der getöteten Tiere und glaubten an Schutzgeister. Dank ihres Wissens um die Natur fungierten sie auch als Heiler. Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist die Verfassung der Kuru-kun Fuga zu lesen, auf die Vertreter*innen der verschiedenen Stämme einen Eid geschworen hatten.

Annamaria Bokor ist Vorstandsmitglied im Internationalen Versöhnungsbund - österreichischer Zweig. Sie arbeitete vor ihrer Pensionierung für die Caritas Auslandshilfe u.a. in der Demokratischen Republik Kongo.

Mandé Charta (rechts) nach der Übersetzung von David Malluche und Lamine Doumbia

Mandé Charta

1. Die Jäger sagen:

Alle Geschöpfe sind eins.
Es stimmt, dass ein Geschöpf vor einem anderen das Licht der Welt erblickt,
aber ein Geschöpf ist nicht älter und ehrwürdiger als ein anderes, und auch kein Geschöpf ist besser als ein anderes.

2. Die Jäger sagen:

Alles Leben ist eins,
kein Unrecht, das einem anderen Geschöpf zugefügt wird, bleibt ungestraft.

Also
soll keiner seinen Nächsten ausbeuten,
soll keiner seinem Nächsten Unrecht tun,
soll keiner seinen Nächsten quälen.

3. Die Jäger sagen:

alle sollen aufeinander achten,
alle sollen ihre Eltern ehren,
alle sollen ihre Kinder gut erziehen,
alle sollen die Bedürfnisse ihrer Familienangehörigen stillen.

4. Die Jäger sagen:

alle sollen auf ihren Ursprung achten.
Für das Heimatland ist der Mensch das Wichtigste,
denn wenn die Menschen vom Land verschwinden,
wird es sich nach ihnen sehnen,
Niedergang und Verzweiflung erfahren.

5. Die Jäger sagen:

Hunger ist schlecht,
Sklaverei ist schlecht;
Es gibt nichts Schlimmeres in der Welt als Hunger und Sklaverei.
Solange wir Pfeil und Bogen haben,
wird der Hunger niemanden mehr im Mandé-Reich umbringen,
auch wenn Dürre das Land heimsucht.
Der Krieg wird keine Dörfer mehr zerstören,
keine Unterwerfung mehr.

Das heißt dass niemand mehr einem Mitmenschen die Kandare anlegen wird,
um ihn zu verkaufen;
Niemand wird mehr geschlagen in Mandé-Reich,
geschweige denn getötet,
weil er ein Sklave ist.

6. Die Jäger sagen:

Die Sklaverei ist nun verboten und geächtet,
"von einer Mauer zur anderen",
von einer Grenze des Mandé-Reiches bis zur anderen;

Überfälle sind von nun an in Mandé-Reich verbannt,
die Leiden, die daraus entstehen, haben ab heute ein Ende.
Hunger ist schlecht!
Ein Hungriger verliert jede Scham.
Welch entsetzliches Leid für den Sklaven und den Hungernden,
ohne jeden Ausweg.
Ein Sklave ist überall auf der Welt seiner Würde beraubt.

7. Die Ahnen sagen:

Ein Mensch an sich,
bestehend aus Knochen und Fleisch, Gehirn und Muskeln, Haut und Haaren
ernährt sich von Speisen und Getränken;
aber seine Seele lebt von drei Dingen:
zu sehen, wen man sehen will,
zu sagen, was man sagen will,
zu tun, was man tun will.
Wenn der Seele eines dieser Dinge fehlt,
wird sie leiden und verkümmern.
Also sagen die Jäger:
Jeder ist für sich selbst verantwortlich,
jeder ist frei zu handeln,
im Rahmen der Gesetze des Landes.

Das ist die Verfassung des Mandé-Reiches, adressiert an die ganze Welt.



Die Macht der Herrscher

Zwei Länder lagen nebeneinander. Zwei Könige begegneten einander. Es war zu der Zeit, als das Reich eines Königs noch überschaubar war und ein Herrscher viele der Menschen kannte, die dort lebten.

Der eine König war beim anderen zu Gast. An einem sonnigen Morgen gingen sie nebeneinander oben an der Burgmauer entlang und schauten auf das blühende Land. Der Gastgeber zeigte dem anderen die Befestigungen, sie sprachen dabei über das Regieren ihrer Länder.

Obgleich sie ebenbürtig waren, unterschieden sie sich doch sehr voneinander. Der Herrscher, in dessen Heimat sie sich befanden, sagte irgendwann zu seinem Besucher: „In meinem Reich habe ich alle Macht.“

Er zeigte auf einen hohen Turm, der Teil seiner Burg war: „Wenn ich irgendeinem meiner Untertanen befehlen würde, dort hinauf zu klettern und sich in den Tod zu stürzen, dann würde jeder es ohne zu widersprechen auf der Stelle tun. So groß ist meine Macht.“

Der Gast antwortete darauf nichts, sondern schwieg eine Weile nachdenklich, während sie weitergingen. Schließlich zeigte er auf eine kleine Hütte, die jenseits der Grenze in seinem Reich stand.

„In meinem Land“, erklärte er, „kann ich an die Tür eines jeden solchen Häuschens klopfen und werde willkommen sein. Die Menschen würden mich an ihren Tisch bitten und ihr Mahl mit mir teilen. Ich könnte bei ihnen übernachten, ohne um meine Sicherheit besorgt zu sein. Solcher Art ist meine Macht.“

Frau Wolle (aus „3. Geschichtenadventskalender“, www.frauwolle.at)
traditionelle Weisheitsgeschichte (sehr frei erzählt)